

BESCHLUSS

aus der 8. Sitzung
des Kreistages
am Montag, 28.03.2022

Öffentliche Sitzung

Zu TOP 3.

Solidarität mit der Ukraine - für Frieden und Freiheit in Europa
Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, SPD, B90/Die Grünen, FWG und FDP vom
28.03.2022
A-17/2022

Beschluss:

Am 24. Februar hat die Russische Föderation mit der Unterstützung der Republik Belarus die Ukraine überfallen. Die Verantwortung für diesen Angriffskrieg liegt bei der politischen Führung der Russischen Föderation unter Wladimir Putin. Als Kreistag möchten wir unsere uneingeschränkte Solidarität mit den Menschen in der Ukraine erklären und im Rahmen unserer Möglichkeiten unseren Beitrag für den Frieden und die Freiheit in der Ukraine leisten:

1. Der Kreistag des Lahn-Dill-Kreises verurteilt diese gravierenden Brüche des Völkerrechts und des Gewaltverbots auf Schärfste. Wir sind entsetzt über die Kriegsverbrechen russischer Soldatinnen und Soldaten, die Belagerung Mariupols, die Gewalt gegen Zivilistinnen und Zivilisten sowie die gezielte Zerstörung von Schulen, Krankenhäusern, Kirchen und Kultureinrichtungen.
2. Seit Beginn des russischen Angriffs mussten über drei Millionen Menschen aus der Ukraine flüchten. Der Kreistag heißt alle, die im Lahn-Dill-Kreis vor diesem Krieg Schutz suchen, in unserer Mitte herzlich willkommen. Wir sind dankbar für die große Aufnahme- und Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung. Unser Dank richtet sich an die vielen Ehrenamtlichen, die nicht gezögert haben, zu unterstützen sowie die Menschen, die mit Spenden oder durch das Verfügungsstellen von Wohnraum, dazu beitragen.
3. Der Kreistag begrüßt die Absicht der Landesregierung, die zügige Teilhabe der geflohenen Kinder und Jugendlichen in unseren Schulen sicherzustellen. Wir begrüßen auch die professionelle und zugewandte Tätigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kreises, die mit großen persönlichen Einsatz die Versorgung und Betreuung der neuankommenden Geflüchteten sicherstellen.
4. Der Kreistag begrüßt die von der Bundesregierung und den europäischen Institutionen eingeleiteten Unterstützungsmaßnahmen für die Ukraine in Form von humanitärer Hilfe und Sanktionen. Der Kreistag begrüßt darüber hinaus den von der Bundesregierung vorgenommenen Paradigmenwechsel, Defensivwaffen an die Ukraine zu liefern.
5. Der Kreistag sieht in der starken Abhängigkeit Deutschlands von russischen Energieimporten insbesondere beim Erdgas ein erhebliches Risiko. Er unterstützt die Bundesregierung in ihrem Bestreben, mit höchster Priorität an einer Entkopplung Deutschlands von russischen Öl- und Gasimporten zu arbeiten.
6. Wir sind dankbar, dass auch viele heimische Unternehmen ihren wirtschaftlichen Interessen hinter humanitäres Handeln stellen und von sich aus ihre Geschäftsbeziehungen in die Russische

Föderation und die Republik Belarus in Frage stellen. Sofern nicht dringende humanitäre Erwägungen entgegenstehen, unterstützen wir den Abbruch aller Geschäftstätigkeiten in Russland und Belarus, solange der Angriffskrieg gegen die Ukraine fort dauert. Wir freuen uns, dass sich viele Unternehmen solidarisch zeigen und kurzfristig Arbeitsplätze für Menschen aus der Ukraine anbieten.

7. Der Kreistag begrüßt die in Partnerschaft mit dem Landkreis Grodsk erfolgten Hilfslieferungen von Medikamenten, Feldbetten, Decken und Generatoren und unterstützt etwaige künftige humanitäre Aktionen. Wir danken der Vielzahl von privaten und kirchlichen Initiativen in den Städten und Gemeinden unseres Kreises. Sie sind ein wichtiger Ausdruck der Anteilnahme mit den Menschen in der Ukraine.

8. Der Kreistag erklärt ebenso seine Solidarität mit der russischen Zivilgesellschaft, die trotz Repressionen ihre Stimme gegen den Krieg erhebt. Wir wenden uns entschieden gegen jede Stigmatisierung und Ausgrenzung von russlandstämmigen Deutschen und russischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in unserem Kreis.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür - 59 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen